

Pressemitteilung zu den Planausstellungen der Deutschen Bahn

Die Deutsche Bahn AG hat im April 2024 ihre nun abgeschlossenen Planungen zum Brenner-Nordzulauf in den betroffenen Gemeinden zwischen Grafing und Oberaudorf der Bevölkerung vorgestellt. Die Bürgerinitiativen im Landkreis Rosenheim waren jeweils mit vor Ort.

„Sprechstunden mit Planausstellung“, so betitelten die Bahnplaner ihre Tour zwischen Oberaudorf und Grafing. Damit sollte den Anforderungen der Bürgerinformation genüge getan werden. Den Bürgerinnen und Bürgern sollte die Möglichkeit geboten werden, Fragen zu den jeweils örtlichen Gegebenheiten im Rahmen der Planungen zum Brenner-Nordzulauf an die Mitarbeiter der Bahn zu stellen. Die Presse berichtete ausführlich zu den Veranstaltungen.

Diese Sprechstunden waren von Bahnseite gut durchkalkuliert und es scheint in gewissem Maße auch sehr berechnend gewesen zu sein.

1. Die Planausstellungen fanden jeweils zwischen 16 und 20 Uhr statt. Zum Beispiel Pendler und größtenteils Landwirte fielen hier aus arbeitstechnischen Gründen schon mal durch das Teilnehmerraster. Dies zeigt sich auch an der Gesamtzahl von lediglich knapp über 2.000 Besuchern in 12 Veranstaltungen.
2. Die Skizzen zeigten **nur die Planungen für das jeweilige Ortsgebiet**, so dass die Gesamtauswirkung dieses Wahnsinnsprojekts im Ganzen nicht offensichtlich wird.
3. Durch die **Konzentration auf Einzelgespräche** versuchten die Bahnmitarbeiter gezielt Eskalation mit potenziell geschädigten Personen zu verhindern, daher auch die Bezeichnung „Sprechstunde“.
4. Die hervorragend geschulten Mitarbeiter der Bahn haben den Besuchern mit **Animationsfilmen** eine Bahnstrecke in grünen Landschaften an idyllischen Innauen vorgegaukelt. Diese Darstellung stimmt nicht einmal mit der derzeitigen Flora im Inntal zusammen, geschweige denn nach Abschluss eines solchen Großprojekts.
5. **Wesentliche Fragen zum Flächenverbrauch**, insbesondere während der Bauphase (für Baustelleneinrichtungen,

Zwischenlagerungen von Aushub etc.), **konnten nicht oder nur unzureichend beantwortet werden** und waren in den ausgestellten Planunterlagen auch nur kaum ersichtlich markiert. Dies ist jedoch ein wesentlicher Punkt für die Existenzgrundlage der betroffenen Landwirte.

6. Eine Diskussion über das „Ob“ (sprich: „eine Alternative zur Neubautrasse“) wurde bereits im Vorfeld aus den Sprechstunden genommen. Es sollte nur über das „Wie“ gesprochen werden. Dass die Bahner immer wieder betonten, nur im Auftrag der Politik zu planen, sollte Diskussionen mit Vertretern der Bürgerinitiativen von Grund auf abwürgen. **Gespräche zur Prüfung der vorgeschlagenen Alternativvariante**, die auf den nachhaltigeren, billigeren und schnelleren Ausbau der Bestandsstrecke abzielt, wurde dadurch **von vorneherein unterbunden**.

Die Bürgerinitiativen hatten in vielen Ortschaften die Möglichkeit, an Infoständen die Bürger über ihre Alternative zu informieren. Mit vorformulierten Fragen an die Bahnplaner, die an die Besucher der Ausstellungen verteilt wurden, und Fragebögen zur Zufriedenheit nach dem Besuch (Rücklauf über 500 Bögen) gab es eine gute Vor- und Nachbereitung durch die BIs. Dass das Vorhaben der DB-Planer die Strecke in bestem Licht darzustellen jedoch nicht richtig aufgegangen ist, spiegelt sich auch in den Schlagzeilen der Presse wider: „Tunnelportal sorgt für Entsetzen“, „Bringt Nordzulauf Aus für Herzensprojekt?“, „DB-Projektteam stellt Planungen in Großkaro vor – Traum junger Bauern bedroht“, „Streit um Verknüpfungsstelle geht weiter“. Auch sehr umfangreiche Darstellungen der direkt betroffenen Landwirte waren dort zu finden.

Im Ergebnis lässt sich zusammenfassen:

1. Die Bahn hat ihrer Informationspflicht formell Genüge getan, mehr aber auch nicht.
2. Aus den Fragebögen ist ersichtlich, dass die Pläne bei den Besuchern größtenteils auf Unverständnis gestoßen sind und dadurch Ängste ausgelöst werden. Die Argumente der Bahnplaner waren nicht überzeugend und diese wurden teils freundlich, aber auch überheblich empfunden. Befürworter einer Alternativvariante fühlten sich nicht ernst genommen und zurückgewiesen. **Ein Viertel der Besucher** (und das sind nur diejenigen, die die Fragebögen ausfüllten) **haben also nicht das Gefühl, dass eine wirkliche Bürgerinformation gewollt war**.

3. **Betroffen werden** nicht nur die Bewohner sein, denen Grundstücksflächen kurzzeitig oder dauerhaft entzogen werden, sondern **alle, die in der Region wohnen**. Durch Lärm, Staub und Dreck wird die Lebensqualität über Jahrzehnte deutlich leiden. Die meisten werden es erst merken, wenn die Bagger und Lkws rollen.

Noch ist es nicht zu spät! Eine Entscheidung fällt der Bundestag in 2025. Derzeit ist der Brenner-Nordzulauf im vordringlichen Bedarf. Aber genau dieser **Bedarf ist noch immer nicht beziffert** und es gibt sich auch mittlerweile niemand mehr die Mühe, dies zu tun – weder Politik noch Bahn.